

MEDIENKONFERENZ

Bern, 22. März 2011

Paul Rechsteiner, Präsident des SGB

Kurswechsel bei der AHV: Schluss mit der Abbaupolitik!

Bilanzieren wir die AHV-Politik des letzten Jahrzehnts, so war diese durch ständige Abbauforderungen geprägt. Dies nicht nur seitens der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaftsverbände, sondern auch seitens des Bundesrats. Dass die von den Gewerkschaften bekämpften Abbauvorschläge vor dem Volk chancenlos waren, änderte nichts daran, dass sie bis heute gebetsmühenhaft wiederholt werden.

Hintergrund der Abbaupolitik waren Finanzierungsszenarien des Bundes, die wegen der Zunahme der Lebenserwartung und der Zahl der Rentnerinnen und Rentner regelmässig in kurzer Zeit tiefrote Zahlen im AHV-Haushalt vorhersagten. Ausgehend von diesen Szenarien müsste die AHV-Rechnung seit Jahren tief im Minus sein. Eingetreten ist das Gegenteil. Das sogenannte Umlageergebnis (Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben) ist trotz erheblicher Zunahme der Rentnerzahlen seit vielen Jahren stark positiv. Solid finanziert ist auch der Ausgleichsfonds der AHV; dies auch und gerade nach der rechtlichen Trennung vom IV-Fonds. Rückblickend waren die offiziellen AHV-Szenarien des Bundes grob falsch. Mit der Realität hatten sie nichts zu tun. Politisch dienten sie einzig dazu, die Abbaupolitik argumentativ zu untermauern.

Was aber in der Vergangenheit gut funktioniert hat, nämlich die Finanzierung der AHV, wird auch für die Zukunft kein schlechtes Rezept sein. Dass die Schweizerinnen und Schweizer älter werden, ist nichts Neues, sondern seit langem Ausdruck des medizinischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts. 1948, bei Einführung der AHV, entfielen auf einen Rentner neun Erwerbstätige. Seither haben die Lebenserwartung und die Zahl der Rentnerinnen und Rentner in einem Mass zugenommen, wie dies in Zukunft absehbar nie mehr der Fall sein wird – ungeachtet nach welchem Szenario man rechnet. Allein seit 1975 hat sich die Zahl der Rentnerinnen und Rentner mehr als verdoppelt (auf 1,93 Mio. 2009). In diesen 35 Jahren sind die AHV-Beiträge aber stabil geblieben, wenn man von der einmaligen Erhöhung der Mehrwertsteuer in den 90er-Jahren absieht. Was machte diese Erfolgsgeschichte möglich? Die AHV stützt sich auf die breitstmögliche Finanzierung, nämlich auf Beiträge auf dem ganzen Erwerbseinkommen, so hoch dies auch immer sein mag, bei gleichzeitig plafonierten Renten. Es ist die wirtschaftliche Entwicklung, die über das äusserst leistungsfähige Umlageverfahren die Renten (unter Einschluss der Zunahme der Lebenserwartung) finanziert.

Weil es unverantwortlich ist, die AHV-Politik weiterhin auf behördliche Szenarien zu stützen, die sich in der Vergangenheit immer als grob falsch herausgestellt haben, hat der SGB selber Finanzszenarien errechnet, die auf realistischen Grundlagen beruhen (unter Einschluss der Erfah-

rungen aus den wirtschaftlich teilweise schwierigen Jahren seit 1990). Selbst bei vorsichtigen Annahmen kommen diese zum Schluss, dass die AHV auch in den nächsten fünfzehn Jahren in der Lage sein wird, die weitere Zunahme der Lebenserwartung ohne Beitragserhöhungen zu finanzieren. So leistungsfähig und grundsolid ist der Finanzierungsmechanismus der AHV ausgestaltet.

Daraus sind politische Forderungen abzuleiten, die für die Lebenslage der grossen Mehrheit der Bevölkerung entscheidend sind. Die Altersvorsorge betrifft ja nicht nur die rund zwei Millionen aktuellen Rentnerinnen und Rentner (und ihre Angehörigen), sondern auch alle, die es in absehbarer Zeit einmal werden. Je sicherer und je besser die AHV ausgestaltet ist, desto stärker können sich jene, die darauf angewiesen sind, und das ist die Mehrheit mit unteren und mittleren Einkommen, darauf verlassen.

Es braucht deshalb einen Kurswechsel in der AHV-Politik. Wir fordern **erstens**, dass die ständigen Abbauforderungen in der AHV endlich zurückgezogen werden. Es muss Schluss sein mit der Angstpolitik der letzten zehn Jahre gegenüber den Rentnerinnen und Rentner (und jenen, die es einmal werden). Die Forderungen nach einer Verschlechterung des Teuerungsausgleichs bei den Renten (sogenannter Mischindex) und einer Heraufsetzung des Rentenalters haben sich als ideologisch gesteuert entlarvt und müssen politisch entsorgt werden.

Zweitens muss der Bund nun für die Entschuldung der IV bei der AHV sorgen (die Schuld der IV bei der AHV beträgt rund 15 Mrd. Franken). Dafür soll er die Überschüsse im Bundeshaushalt verwenden, die aufgrund der massiven Fehlbudgetierungen der letzten Jahre inzwischen auf dem Ausgleichskonto liegen. Nicht die AHV hat die Schulden der IV verursacht. Es ist der Bund, der dafür gerade zu stehen hat. Das Geld für die Entlastung der AHV von den Schulden der IV ist vorhanden.

Drittens muss der Bund, der in jüngerer Zeit in zentralen Politikbereichen immer wieder dramatisch falsche Zahlen vorgelegt und damit eine krass unsoziale Politik begründet hat, zu einer Praxis richtiger und realistischer Annahmen zurückkehren. Dies gilt nicht nur für die AHV-Politik und den Skandal der Unternehmenssteuerreform II, die einer groben Irreführung des Parlaments und des Volks gleichkommt, sondern auch für die Bundesbudgets. Wenn die kumulierten Budgetierungsfehler in der Ära Merz mehr als 22 Mrd. Franken betragen und sich das Instrument der Schuldenbremse auf die falschen Budgetzahlen (statt die richtigen Rechnungsergebnisse) stützt, dann werden die Zahlen des Bundes immer mehr zu einer politischen Manipulationsgrösse für eine Politik auf dem Buckel grosser Mehrheiten der Bevölkerung. Das aber widerspricht den Prinzipien jeder seriösen Verwaltung.